OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Europa zwischen Liberalisierung und Rekommunalisierung

Autorinnen:
Mag.ª Susanne Halmer, BA
MMag.ª Barbara Hauenschild

Privatisierungsbestrebungen der Europäischen Union

Margaret Thatcher läutete in den 1980er Jahren das neoliberale Zeitalter in Europa ein. Kein anderes europäisches Land hat so konsequent öffentliches Eigentum privatisiert wie Großbritannien. Die Idee des schlanken Staates und das neoliberale Konzept möglichst, viele Dienste im Wettbewerb zu erbringen, wurde von der Europäischen Union übernommen und vorangetrieben. Zahlreiche Richtlinien wurden beschlossen, die den Binnenmarkt durch die Liberalisierung von bislang öffentlichen Dienstleistungsbereichen stärken sollten. Kaum ein Bereich blieb verschont. Eine Abkehr von diesem Kurs ist bis heute nicht erkennbar, auch wenn es bereits zahlreiche negative Erfahrungen mit Privatisierungen gibt.[1]

Im Gegenteil gab und gibt es immer wieder neue Vorstöße. Einer davon war die Konzessionsrichtlinie, die im Jahr 2013 heftig diskutiert wurde. Mit der Modifikation dieser Richtlinie sollte der Zugang von privaten Anbietern auch zu essenziellen Bereichen wie der Wasserversorgung vereinfacht werden. Sowohl von politischer Seite als auch von den EU-BürgerInnen, von denen knapp 2 Millionen die erste europäische BürgerInneninitiative „right2water“ unterzeichneten, wurde dies heftig kritisiert. Der Protest führte schließlich dazu, dass Wasser vorerst aus der Richtlinie ausgenommen wurde. Die Übergangsfrist läuft jedoch im Jahr 2020 aus, dann kommt es zu einer neuerlichen Begutachtung und wohl auch weiteren Verhandlungen.[2]

Derzeit immer noch verhandelt wird das Vierte Eisenbahnpaket, das zu Jahresbeginn 2013 präsentiert wurde. Das Ziel des Pakets ist die vollständige Liberalisierung des Bahnverkehrs. Angesichts dessen, dass sich das dritte Eisenbahnpaket noch bis 2015 in der Beobachtungsphase befand, kann man erkennen, mit welchem Nachdruck die EU-Kommission versucht, die Liberalisierung voranzutreiben. Aktuell gibt es allerdings keine einheitliche Meinung unter den Mitgliedstaaten zum sogenannten politischen Teil des Pakets, in dem die weiteren Liberalisierungsschritte sowie die angestrebte Trennung von Infrastrukturbetreiber und Verkehrsdienstleister geregelt sind. Es wird derzeit an Kompromissen gearbeitet. Wie das Vierte Eisenbahnpaket am Ende aussehen wird, bleibt abzuwarten.[3]

Die Europäische Union hält darüber hinaus Staaten mit hoher Staatsverschuldung dazu an, ihr öffentliches Eigentum zu privatisieren. Auf Länder wie Griechenland und Portugal, die auf Hilfsgelder der EU angewiesen sind, übt die Troika massiven Druck zur Privatisierung aus. In Griechenland wurden die zwei größten Wasserversorger, gegen den Widerstand der Bevölkerung, teilprivatisiert. Gestoppt wurde mittlerweile die weitere Privatisierung des Athener Wasserversorgers, der noch zu 61 Prozent in öffentlicher Hand ist, sowie des Hafens

---

[1] vgl. Wollmann (2013); Wieser (2007); Matecki, Schulten (2013)

[2] vgl. right2water: Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht; Homepage Heide Rühle (2013): Verhandlungen zum Vergabe-Paket abgeschlossen

[3] vgl. AK Europa (2013): 4. Paket zur Eisenbahnliberalisierung – der nächste Schildbürgerstreich der Europäischen Kommission; AK Wien: Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich; Wiener Zeitung (2014): Europaparlament segnet Eisenbahnpaket ab; Vida: 4. Eisenbahnpaket – EU-Kommission soll Milliardenkosten für Bahnliberalisierung selbst zahlen; ÖGB Europabüro (2013): 4. Eisenbahnpaket: Nächste Liberalisierungswelle rollt an; Kleine Zeitung (2013): „Nur ‚big boys’ bleiben übrig“; EVG (2015): Das. 4. EU-Eisenbahnpaket

von Piräus und von Energieversorgern.[4] In Portugal wurden zuletzt die Post, der Stromriese EDP, der Energieversorger REN und die staatliche Fluggesellschaft (teil)privatisiert. Gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe *Aguas de Portugal* regt sich Widerstand aus der Bevölkerung. Denn die bisherigen Wasserprivatisierungen in Portugal haben zu massiven Preiserhöhungen für die KundInnen geführt.[5]

Diese Entwicklung gibt angesichts der bisherigen Erfahrungen mit Privatisierungen zu denken. Denn entgegen den Versprechungen, wonach Wettbewerb und privates Management zu günstigeren Preisen für die VerbraucherInnen führen sollen, stiegen die Preise nach Liberalisierungen und Privatisierungen von Dienstleistungen in der EU meist an. Zugleich sank die Qualität, weil Investitionen in die Erhaltung der Infrastruktur bewusst vernachlässigt wurden.[6] In Extremfällen, wie der Eisenbahn in Großbritannien, führte das sogar zu schweren Zugsunglücken mit zahlreichen Toten und Verletzten.[7] Die Verlierer dieses Vorgehens sind die KundInnen und die Beschäftigten der Dienstleistungsunternehmen. Und auch die Kommunen. Diese konnten durch Privatisierungen zwar kurzfristig Budgetlöcher stopfen, mussten aber dauerhaft auf Einnahmen aus lukrativen Sektoren verzichten. Die Gewinner sind ganz klar die neuen Eigentümer der nun ausschließlich an Gewinn orientierten Unternehmen.

Gewinner der Privatisierung

Diese Unternehmen, die sich im Zuge der Privatisierungswelle herausgebildet haben, beherrschen mittlerweile einen großen Teil des Marktes. Die Big Player haben sich entweder auf einen Bereich der Daseinsvorsorge spezialisiert oder sind Mehrspartenunternehmen, die verschiedene Dienstleistungen anbieten. Sie operieren weltweit und erwirtschaften Umsätze in Milliardenhöhe. Zwei dieser äußerst erfolgreichen Big Player sind die zwei französischen Multi-Utility-Unternehmen *Suez* und *Veolia*. Sie sind die führenden Wasser- und Abfallentsorgungsanbieter Europas. *Suez* ist einer der weltweit erfolgreichsten Energie-, Wasser- und Abfallentsorgungsanbieter. Im Energiebereich konnte *Suez* im Jahr 2014 weltweit einen Umsatz von 74,7 Mrd. Euro erwirtschaften.[8] Im Wassersektor lagen die Einnahmen allein in Europa bei 4,5 Mrd. Euro und im Abfallsektor bei 6,3 Mrd. Euro.[9] *Veolia*, der erfolgreichste Wasseranbieter, verzeichnete im Jahr 2014 in allen Bereichen einen weltweiten Umsatz von 23,8 Mrd. Euro, 17,2 Mrd. Euro allein in Europa. Fast die Hälfte des Umsatzes (47 Prozent) stammt aus dem Wassersektor (11,7 Mrd. Euro), 36 Prozent aus dem

[4] vgl. Tagesschau (2015): Griechenland und die Schulden – Neue Regierung stoppt Privatisierungen; right2water: Monitor – Commision plans for water privatisation; Avenir Suisse (2012): Privatisierung braucht Wettbewerb; N-TV (2013): Schäuble bleibt bei Griechenland vage

[5] vgl. Spiegel (2014): Staatliche Fluggesellschaft: Portugal privatisiert Großteil von TAP; Die Presse: Portugal erzielt durch Post-Privatisierung 909 Millionen Euro; Deutschlandfunk (2013): Angst vor teurem Wasser; Falter (2013); Kurier (2013): Wasser marsch: Kampf um Ausverkauf

[6] vgl. Streissler (2012); Difu-Papers (2011); Röber (2009)

[7] vgl. Stern (2007): Bahnprivatisierung – Wie andere Länder es gemacht haben; Der Tagesspiegel (2000): Zugunglück in England: Mindestens vier Todesopfer; Die Welt (2001): Neues Zugunglück erschüttert Großbritannien

[8] Engie: Kennzahlen

[9] Suez Environnement Company: Reference Document 2014, 132

Abfallsektor (8,5 Mrd. Euro).[10] Das umsatzstärkste Energieversorgungsunternehmen ist *E.ON*. Das deutsche Unternehmen hatte 2014 einen weltweiten Umsatz von 111,6 Mrd. Euro.[11]

Trend zur Rekommunalisierung

Diese Umsätze der Big Player zeigen, welche wesentlichen Wirtschaftsbereiche die Kommunen auf Dauer abgegeben haben. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts hat deshalb ein Umdenken eingesetzt. Kommunen wie Bevölkerung wollten die negativen Folgen der Privatisierungen immer öfter nicht mehr akzeptieren und die großen Unternehmen auf ihre Kosten hohe Gewinne einstreifen lassen. Eine Vielzahl von Kommunen hat darauf reagiert und die ehemals ausgelagerten Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Verantwortung rückübertragen. Der neue Trend in der Daseinsvorsorge heißt Rekommunalisierung.

Unter diesem Begriff werden *„Maßnahmen subsumiert, die das Ziel beinhalten, ehemals öffentlich erstellte, im Zeitverlauf privatisierte Aufgaben wieder in kommunale Tätigkeiten zu reintegrieren."*[12] Dabei kann Rekommunalisierung auf unterschiedlichen Wegen stattfinden. Entweder durch das *„Wiederaufgreifen von Aufgaben durch einen Verwaltungsträger",* der *„Neugründung von Eigengesellschaften zum Aufgreifen von Aufgaben"* oder auch durch die *„Rückübertragung operativer Dienstleistungen auf Regie- und Eigenbetriebe als Teil der Verwaltung"*[13].

Warum rekommunalisieren?

Durch eine erfolgreiche Rekommunalisierung wollen die Kommunen wieder in den Genuss der Vorzüge der Eigenerbringung kommen. Es gibt eine Reihe politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Argumente, die für eine öffentliche Leistungserbringung sprechen.

Bei der kommunalen Leistungserbringung steht das Gemeinwohl im Vordergrund. Gemeinwohlorientierung bedeutet die leistbare Ver- und Entsorgung für die Bevölkerung unter Ein- und Erhaltung von Qualität, Sozial- und Umweltstandards. Dies steht im Widerspruch zu einer gewinnorientierten Unternehmensführung der privaten Akteure. Die kommunalen Unternehmen tragen hingegen Verantwortung dafür, einen Mehrwert für die Bevölkerung sicherzustellen.[14]

Die gesellschaftliche Verantwortung umfasst auch die Sicherstellung der Daseinsvorsorge in all ihren Bereichen. Die Kommunen müssen eine lückenlose Versorgung der Bevölkerung mit alltäglich notwendigen Gütern der Daseinsvorsorge sicherstellen. Bei privaten Akteuren liegt

[10] Veolia: 2014 Annual Results
[11] E.ON: Facts & Figures 2015
[12] HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011), 13
[13] Difu-Berichte 3/2011 - Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?
[14] Heise online (2010): Niedrigere Gebühren, höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum

der Fall anders. Sie sind in der Lage zu entscheiden, welche Leistung der Daseinsvorsorge sie übernehmen wollen. Ihre Auswahl erfolgt in erster Linie nach den zu erwartenden Gewinnen. Die Kommunen bleiben in diesem Fall in der Verantwortung, die unprofitablen bzw. defizitären Bereiche der Daseinsvorsorge weiter zu erbringen. In Kombination mit den fehlenden Einnahmen aus profitablen Bereichen führt das langfristig zu einer massiven budgetären Schieflage der Kommunen. Diese Entwicklung stellt eine Gefahr für die Zukunft der Daseinsvorsorge dar. Denn was nicht finanziert werden kann, kann irgendwann von den Kommunen auch nicht mehr bereitgestellt werden. Insofern ist es für die Kommunen von Vorteil, viele Leistungen der Daseinsvorsorge selbst zu erbringen, um mit den Einnahmen aus lukrativen Bereichen nicht kostendeckende Bereiche querfinanzieren zu können.

Eine ähnliche Erfahrung wurde auch mit den Einnahmen aus bisherigen Privatisierungen und Konzessionsvergaben gemacht. Diese wurden in erster Linie zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet. Doch für diesen Einmaleffekt entgehen den Kommunen dauerhafte Einnahmen, was mitunter eine Schieflage der kommunalen Haushalte zur Folge hat.[15]

Viele Kommunen mussten die Erfahrung machen, dass neben finanziellen Einbußen auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten durch eine Privatisierung verloren gehen. Die Kontrolle und Koordination der Leistungserbringung ist deutlich schwieriger, wenn die Leistung nicht selbst erbracht wird und sie wird durch jeden weiteren ausgelagerten Bereich zusätzlich erschwert. Zudem können bei mehreren in Eigenregie erbracht Leistungen Synergieeffekte genutzt werden. Gleichzeitig werden öffentliche Unternehmen letztlich durch demokratische Organe kontrolliert, wohingegen sich private Unternehmen einer Kontrolle mitunter zur Gänze entziehen. Vor allem dann, wenn durch eine faktische Monopolstellung der Unternehmen Marktmechanismen außer Kraft gesetzt werden. Die direkte Eigentümerschaft erlaubt es den demokratischen Organen der Stadt außerdem, mithilfe ihrer kommunalen Unternehmen Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen. Bei Privatisierungen mit langfristigen Verträgen, ist eine Adaptierung an sich ständig ändernde Gegebenheiten hingegen wesentlich schwieriger. Letztlich auch zum Nachteil der politischen Ebene, denn die Kommunen bleiben auch im Falle einer Privatisierung in der Verantwortung.[16]

Darüber hinaus kann die Kommune als Arbeitgeber einen wichtigen Beitrag zum regionalen Arbeitsmarkt leisten und die regionale Wirtschaft ankurbeln. Während die Strategie privater Unternehmen im Personalbereich klar in Richtung Reduktion der Personalkosten durch Personalabbau und geringe Bezahlung geht, berücksichtigen öffentliche Unternehmen im Idealfall arbeitsmarktpolitische Gegebenheiten. So wird in öffentlichen Unternehmen die Arbeitsplatzsicherheit eher gewährleistet und in Krisenzeiten versucht, Personalabbau zu verhindern. Ähnlich verhält es sich bei den Personalkosten. Im Gegensatz zu privaten Unternehmen haben die Kommunen ein höheres Interesse daran, faire Löhne zu bezahlen. Im Privatbereich werden die Löhne oft nicht nach Kollektivvertrag bzw. Tarif bezahlt und/oder die Menschen in prekäre Beschäftigungsformen gedrängt. Dabei wird übersehen, dass faire Löhne ein wesentlicher Faktor sind, um am sozialen Leben teilhaben zu können und gleichzeitig ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort. Faire (nach Tarif bzw. Kollektivvertrag bezahlte) Löhne stellen gerade bei gering qualifizierten und schlechter

[15] vgl. Sternatz (2013)

[16] vgl. Röber (2012), Libbe (2013), Difu-Papers (2009), Klug (2011)

verdienenden BürgerInnen einen wichtigen sozialen Faktor dar. Dies gilt ebenso bei der Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen (wie etwa Menschen mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen, MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung). Kommunale Unternehmen sollten mehr als Private daran interessiert sein, auch Personen zu beschäftigen, die am „Ersten Arbeitsmarkt" weniger Chancen haben.[17]

Die Kommune kann als Arbeit- und Auftraggeber auch zur Steigerung der örtlichen Wirtschaftskraft beitragen. *„In Regionen mit einer ohnehin schwachen Wirtschaftsstruktur werden öffentliche Unternehmen wieder vermehrt als ein Instrument angesehen, mit dem sich der regionale Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft durch Vermeidung von Lohndumping stärken lassen."*[18] Es gibt für kommunale Betriebe aber noch weitere Möglichkeiten, die kommunale Wirtschaftskraft zu stärken. Die gezielte Auftragsvergabe „*an heimische Unternehmen von Handwerk und Mittelstand als örtliche Wirtschaftsförderung"*[19] ist kommunalen Unternehmen ein wesentliches Anliegen, wohingegen private Unternehmen dem Diktat des Preises folgen.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Eine zunehmend bedeutende Rolle kommt bei der Verhinderung von Privatisierungen und der Stärkung von Rekommunalisierungsbestrebungen der Zivilgesellschaft zu. Die BürgerInnen sind meist enttäuscht von den Erfahrungen mit privatisierten Leistungen der Daseinsvorsorge und das Vertrauen in öffentliche Unternehmen ist wieder gewachsen. Nicht zuletzt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre die Risiken eines Systems deutlich aufgezeigt, das nur auf Privatwirtschaft aufbaut. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Marktes und seiner wirtschaftlichen Akteure hat einen schweren Dämpfer erlitten. Deshalb ist es nicht überraschend, dass sich immer mehr BürgerInneninitiativen gegen neue Privatisierungen oder für Rekommunalisierungen engagieren. *„Hinter dieser breiten Unterstützung für den öffentlichen Sektor steht vor allem der Anspruch an eine nach sozialen und gemeinwohlorientieren Kriterien organisierte öffentliche Daseinsvorsorge, die nicht primär privatem Gewinnstreben unterliegt."*[20]

Das eindrucksvollste Beispiel der letzten Jahre ist die erste europaweite BürgerInneninitiative „right2water", die sich gegen die in der Konzessionsrichtlinie geplante Wasserliberalisierung einsetzte. Die zentrale Botschaft der Initiative war, dass Wasser ein öffentliches Gut und keine Ware ist. Es wurde außerdem gefordert, dass sich die Europäische Union der Verantwortung stellt und dafür sorgt, „*dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben."*[21] Insgesamt konnten bis Ende September 2013 1,9 Millionen Unterschriften gesammelt werden. Die breite Unterstützung zeigt, dass

---

[17] Friedrich Ebert Stiftung (2009): WISO direkt. Zwei Jahrzehnte Privatisierung in deutschen Kommunen – Herausforderungen und Argumente für den Erhalt der Stadtwerke, Difu-Papers (2009), Schneider (2013), Libbe (2013), Aden, Märtin (2013)

[18] Libbe (2013), 19

[19] Schäfer

[20] Matecki, Schulten (2013), 15

[21] right2water: Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht

die Politik, die von der Europäischen Union verfolgt wird, nicht im Einklang mit den Interessen der BürgerInnen steht und von diesen scharf kritisiert wird.

Gerade auf lokaler Ebene übt die Zivilgesellschaft einen zunehmenden Druck auf die politische Führung aus. Immer mehr BürgerInnen schließen sich in Initiativen und lokalen Bündnissen zusammen und engagieren sich gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums. In Deutschland etwa haben in Freiburg, Heidelberg, Hamburg, Leipzig und Rostock *„ganz massive Bürgerproteste, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide Privatisierungsmaßnahmen verhindert."* [22] Ebenso vehement setzt sich die Bevölkerung mittlerweile für Rekommunalisierungsbestrebungen ein. So bringen Bürgerinitiativen die Rückübertragung teils überhaupt erst auf die politische Agenda oder unterstützen diesbezügliche Bestrebungen der politischen Ebene. Prominente Beispiele sind etwa die BürgerInneninitiativen in Berlin und Grenoble. In Berlin zwang der Druck der BürgerInneninitiative „Berliner Energietisch" die Stadt zur Gründung eines neuen Stadtwerkes, wenn auch die Netze nicht zurückgekauft wurden.[23] Die Umsetzung der Privatisierung der Wasserversorgung in Grenoble wurde den beteiligten PolitikerInnen und ManagerInnen durch Bestechungsgelder schmackhaft gemacht. Die BürgerInneninitiative hat die Bevölkerung aufgeklärt, informiert und mit Lobbying aktiv auf eine Rekommunalisierung hingearbeitet. Mit Erfolg, denn seit der Rückführung haben sich die Wasserpreise stabilisiert und das Investitionsvolumen ist gestiegen.[24]

Best practice-Beispiele der Rekommunalisierung

In den letzten Jahren hat die Anzahl der bereits durchgeführten oder angestrebten Rekommunalisierungen zugenommen. Allerdings verläuft die Entwicklung nicht in allen Sektoren gleich.

Der Energiesektor wurde früh von der Liberalisierungs- und Privatisierungswelle erfasst. In diesem Bereich ist der stärkste Trend Richtung Rekommunalisierung zu beobachten, und das vor allem in Deutschland. Begünstigt durch eine Reihe von auslaufenden Konzessionen in den letzten Jahren und verstärkt durch die Energiewende haben zahlreiche deutsche Kommunen die Energieversorgung wieder in die eigene Hand genommen.[25]

Der Wassersektor nimmt innerhalb der Daseinsvorsorge eine Sonderstellung ein, denn im Gegensatz zum Energiebereich fehlt hier der Wettbewerb. Durch dieses Monopol ist es daher besonders schwerwiegend, wenn die Wasserversorgung von privaten Unternehmen übernommen wird. Eine besonders lange, bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition der privaten Erbringung hat Frankreich. Hier kam es daher in den letzten Jahren zu einer

[22] Bauer (2012), 19

[23] Berliner Energietisch (2012): Neue Energie für Berlin; Berliner Morgenpost (2013): Ein Berliner Stadtwerk wird zum Risiko für den Steuerzahler

[24] vgl. Wasserkolloquium (2008): Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes; Hachfeld, David (2009; Water Remunicipalisation Tracker: Grenoble; Zeit (1995): Der Patron von Grenoble

[25] vgl. EPSU (2012): Re-municipalising municipal services in Europe; Hall, Terhorst (2011); Matecki, Schulten (2013); Libbe (2013); Wollman (2013); Wuppertaler Institut (2013); Stromversorger-Energieversorger.de: Energieversorger; Tesche, Otto (2011); public governance (2011); GEO: Mehrwert für die Bürger; Fingrid: Shares and shareholders

Reihe an Rekommunalisierungen. Aber auch einige Kommunen in Deutschland haben ihre Wasserversorgung nach kurzen Phasen der Privatisierung wieder rekommunalisiert wie etwa Potsdam oder Berlin.[26]

Ob der Rekommunalisierungstrend auch auf den Abfallsektor übergreift, bleibt derzeit abzuwarten. In Deutschland ist in den letzten Jahren eine Zunahme an Insourcing-Entscheidungen zu beobachten. Auch in Frankreich haben einige Kommunen die Abfallentsorgung, die von den privaten *Veolia* und *Suez* dominiert wird, aufgrund von Unzufriedenheit mit der Leistungserbringung rückübertragen. Die zunehmende ökonomische Attraktivität der Abfallsammlung und Vermarktung aufgrund der begrenzten Rohstoffressourcen könnte aber in Zukunft zu einem umkämpfteren Bereich der Daseinsvorsorge werden.[27]

Bisher noch nicht von einer breiten Rekommunalisierungswelle erfasst wurde der Öffentliche Personennahverkehr. Dennoch gibt es gerade in Großbritannien öffentlichkeitswirksame Beispiele. Hier wurde nach einer Reihe von Zugunfällen wegen schlecht gewarteter Strecken, die 42 Menschenleben und 700 Verletzte forderten, die britische Bahn im Jahr 2001 wieder in öffentliche Hand genommen.[28] In London wurde ab 2008 die U-Bahn schrittweise wieder rekommunalisiert.[29]

Auch in Bereichen, die nicht zwingend zum Kernbereich der Daseinsvorsorge zählen, haben europäische Kommunen zuvor ausgelagerte Leistungen wieder in Eigenregie übernommen. Beispiele wären hierfür etwa Gebäudereinigung, Friedhofspflege, Grünflächenpflege, Straßenbeleuchtung oder Rettungsdienste.

Rekommunalisierung in Energiesektor: Hamburg

Die deutsche Stadt Hamburg hat im Jahr 2002 die bei der Stadt verbliebenen Anteile der *Hamburgischen Electricitäts-Werke* an das private Unternehmen *Vattenfall* veräußert. Die Energiepreise stiegen daraufhin hin. Die Unzufriedenheit der KonsumentInnen und auch der PolitikerInnen mündete 2008 in einen Senatsbeschluss zum Aufbau eines neuen städtischen Energieversorgers.

Im Jahr 2009 wurde das Unternehmen *Hamburg Energie*, ein Tochterunternehmen der *Hamburger Wasserwerke*, gegründet. Im „Gründungsmanifest" der *Hamburg Energie* bekennt sich die Stadt Hamburg zur Rekommunalisierung der Energieerzeugung unter dem

---

[26] vgl. EPSU (2012): Re-municipalising municipal services in Europe; Hall, Lobina (2012); Libbe (2013), Difu-Papers (2011); Pigeon et al. (2012); Wollmann (2013); HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011); VKU (2011); Factory (2013): Rekommunalisierung statt Privatisierung; Water Remunicipalisation Tracker: Naples; Water Remunicipalisation Tracker: Pecs

[27] vgl. Difu-Papers (2011); Hall, Nguyen (2012); Engartner (2010)

[28] vgl. Blankart, Engelke; Merkert (2005); Zeit (2009): 11.000 Jahre Verspätung; TAZ (2007): Vom Börsengang zum Bettelstab; The Guardian (2012): Rail privatisation has failed; Stern (2007): Bahnprivatisierung – Wie andere Länder es gemacht haben; ORF (2012): Teuer und ineffizient; Die Welt (2001): Neues Zugunglück erschüttert Großbritannien; Die Welt (2009): Das Mutterland der Privatisierung schenkt um; Der Tagesspiegel (2000): Zugunglück in England: Mindestens vier Todesopfer

[29] vgl. Williams (2010); Transport for London (2008): Metronet Rail transfers to TfL control; Transport for London (2013): Performance report; Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Skandal um Londoner Untergrundbahn.

besonderen Aspekt des Umweltschutzes sowie der sozialen Preisgestaltung und ökologischen Nachhaltigkeit. In diesem Sinne will *Hamburg Energie* bis zum Jahr 2016 100 Mio. Euro in erneuerbare und effiziente Technologien investieren. Der Schwerpunkt der nachhaltigen Energiegewinnung liegt in der Windenergie, aber auch in Biomasse, Blockheizkraftwerke und Photovoltaikanlagen wird investiert. Hamburg zeigt damit, dass Stadtwerke die Energiewende aktiv mitgestalten und *„Vorreiter einer klimaschutzmotivierten Energieversorgung sein können […]"*[30].

Hamburg Energie startete eine Reihe an innovativen Projekten, die sich auch durch BürgerInnen- und/oder Unternehmensbeteiligung auszeichnen. Eines davon ist der *Energieberg Georgswerder.* Der zuvor als Deponie genutzte Hügel war für die Öffentlichkeit nicht mehr nutzbar (Probleme mit Dioxidaustritt, etc.). *Hamburg Energie* hat dort Windräder und Photovoltaikanlagen zur Energiegewinnung errichtet, die mittlerweile 4.000 Haushalte mit Energie versorgen. Gleichzeitig hat sich der Hügel zu einem beliebten Ausflugsziel entwickelt, da er einen tollen Ausblick über ganz Hamburg bietet.

Die Arbeit von Hamburg Energie wird auch von den KonsumentInnen honoriert. Im Jahr 2010, kurz nach dem Start, versorgte *Hamburg Energie* 20.000 Haushalte mit Strom und 3.500 mit Gas. Ende 2014 zählte man bereits mehr als 100.000 KundInnen. Dieses Wachstum soll sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, zumal sich *Hamburg Energie* preislich durchaus mit den großen Anbietern messen kann. Im Jahr 2014 konnte auch erstmals ein Gewinn erzielt werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Rekommunalisierungen im Energiesektor handelte es sich bei *Hamburg Energie* um die eher seltene Form einer Stadtwerkgründung ohne eigenes Versorgungsnetz. Die BürgerInneninitiative „Unser Hamburg – unser Netz" hat im Jahr 2013 einen Volksentscheid erwirkt. 50,9 Prozent der Hamburger BürgerInnen stimmten für den vollständigen Rückkauf der Energienetze. Das Stromnetz ist mittlerweile wieder zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt, das Gasnetz sowie die Fernwärmeversorgung folgen. Die Stadt Hamburg hat die Energieversorgung damit wieder komplett in eigene Hände genommen.[31]

Rekommunalisierung in Wassersektor: Paris

Ein prominentes Beispiel für eine Rekommunalisierung im Wassersektor ist Paris. Die Wasserversorgung der französischen Hauptstadt, die rund 2,2 Mio. Menschen mit Wasser versorgt, wurde im Jahr 1984 unter der konservativen Führung von Jacques Chirac privatisiert. Die Konzession mit einer Laufzeit von 25 Jahren wurde an die beiden größten privaten Wasserversorger Frankreichs – *Veolia* und *Suez* – vergeben. Kurz darauf sicherten sich *Veolia* und *Suez* auch jeweils 14 Prozent der Anteile des städtischen Wasserversorgers.

---

[30] Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie (2013): Auslaufende Konzessionsverträge für Stromnetze, 1

[31] vgl. Beckereit, Michael: Marktvorteil Wertorientierung: Wie Hamburg Energie mit kommunaler Verantwortung punktet; Die Welt (2012): Hamburg kehrt zur Staatswirtschaft zurück; Die Welt (2012): Nicht alle finden den Erfolg von Hamburg Energie gut; Finanznachrichten.de (2013): Vattenfall: Berliner Stromnetz wirft Gewinn von 80 Millionen Euro ab; Hamburg Energie: Energieerzeugung; Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie (2013): Auslaufende Konzessionsverträge für Stromnetze; Umweltfairaendern.de: Auf dem Weg zum Stadtwerk? Hamburg Energie, die Netze und eine Chance

Die Konzession der Wasserversorgung war an die Auflage geknüpft, dass die beiden Firmen in das sanierungsbedürftige Leitungsnetz investieren sollten. Diese Investitionen blieben zu Beginn aus und erst massiver Druck der Stadt zwang *Veolia* und *Suez,* ihr Investitionsvolumen zu erhöhen. Allerdings wurden die entstandenen Kosten direkt an die KonsumentInnen weitergegeben. Von 1985 bis 2009 nahm der Wasserpreis in Paris um 265 Prozent zu, die Inflation betrug im selben Zeitraum allerdings nur 70,5 Prozent. Die KundInnen spürten diesen Preisanstieg durch deutliche Preissprünge alle drei Monate. Hier zeigt sich, dass Private nicht automatisch effektiver und billiger arbeiten.

Diese Entwicklung veranlasste die im Jahr 2001 neu gewählte sozialistische Stadtregierung unter Bertrand Delanoe zum Bekenntnis, Leistungen der Daseinsvorsorge wieder stärker kommunal zu organisieren. Im Jahr 2007 folgte schließlich ein Stadtsenatsbeschluss, der die Stadt zur vollständigen Verantwortung für die Wasserversorgung (vom operativen Betrieb bis hin zum Netzausbau) ermächtigte. Dazu wurde die kommunale Betreibergesellschaft *Eau de Paris (EP)* gegründet, die bei allen operativen Entscheidungen dem Stadtsenat unterliegt. Der Konzessionsvertrag mit *Veolia* und *Suez* wurde nicht verlängert und die Stadt Paris übernahm am 1. Januar 2010 die Wasserversorgung wieder selbst.

Im Zuge des Übergangs von privater zu kommunaler Versorgung konnten beträchtliche Einsparungen (einheitliche Führungsebene, Konzessionszahlungen, …) erzielt werden. Diese wurden an die KundInnen weitergegeben und der Wasserpreis erstmals wieder leicht gesenkt werden. Außerdem bietet die Stadt spezielle Tarife für sozial schwache Menschen an. Die Gewinne werden außerdem in das Unternehmen investiert, was eine langfristige Planung der Investitionen ermöglicht und die Qualität der Wasserversorgung auf Dauer verbessern soll.

Paris ist nicht die einzige französische Stadt, die die Wasserversorgung rekommunalisiert hat. Denn in Frankreich war in den letzten Jahren eine regelrechte Trendwende zu beobachten. Der Anteil der Kommunen, die die Wasserversorgung selbst erbringen, hat sich von 18 Prozent im Jahr 1970 auf 28 Prozent im Jahr 2010 erhöht.[32]

Rekommunalisierung in Abfallsektor: Bergkamen

Die deutsche Stadt Bergkamen in Nordrhein-Westfalen, gilt als ein Musterbeispiel von umfassenden Rückübertragungen von Daseinsvorsorgeleistungen. Seit 1994 wurde schrittweise rekommunalisiert, stets mit dem Anspruch, die beste und kostengünstigste Lösung zu finden. Die Rückführung zur kommunalen Leistungserbringung stellt sich in den meisten Fällen als die effizienteste Variante heraus.

Im Jahr 1995 gründete Bergkamen mit zwei weiteren Kommunen die interkommunalen *Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH (GSW),* die kurze Zeit später die Strom- und Erdgasversorgung übernahmen und ab 2003 auch die Fernwärmeversorgung. Auch die Wasserversorgung wurde nach Ende des Konzessionsvertrags mit der *Gelsenwasser AG* im Jahr 2010 von den Stadtwerken übernommen. Seit 1999 betreiben die Stadtwerke außerdem eine eigene Telekommunikationsgesellschaft. Die *GSW* zeigen, wie kommunale Unternehmen nicht nur die ihnen verantworteten Aufgaben erfüllen, sondern gleichzeitig

[32] vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Paris; Pigeon et al. (2012); Transnational Institute, Water Justice (2010)

ihre Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Wirkungsbereich geltend machen können. So wurden über die *GSW* etwa Förderprogramme für Erdgas-PKWs und Erdgas-Heizungsanlagen initiiert und eine Erdgastankstelle errichtet. Mit städtischen Gebäuden wurden Contractingverträge zur Energiereduzierung abgeschlossen und sie wurden mit Solaranlagen ausgestattet. Außerdem bieten die *GSW* Öko-Strom aus österreichischer Wasserkraft an. Und für Haushalte mit geringem Verbrauch wurde ein Spartarif ohne Grundpreis geschaffen. Die Einnahmen in gewinnbringenden Bereichen helfen, den Betrieb von Schwimmbädern und anderen Sport- und Freizeitstätten zu finanzieren, die nicht kostendeckend geführt werden können, weil sonst die Tarife zu teuer würden.

Als Vorbildprojekt gilt die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung. In Nordrhein-Westfalen sind die Kommunen für das Einsammeln und den Transport des Hausmülls verantwortlich, der Landkreis erledigt die Entsorgung (Verbrennung, Deponierung und Kompostierung). Der Kommune bleibt überlassen, ob sie die Müllabfuhr kommunal erbringt oder an Private auslagert. Bergkamen hatte die Müllsammlung stets ausgeschrieben. Bei der letzten Vergabe im Jahr 1994 erhielt der Branchenriese *Remondis* eine Konzession bis Ende 2005. Ende des Jahres 2003 begannen die Überlegungen der Stadt über die zukünftige Art der Erbringung. Die unterschiedlichen Möglichkeiten wurden anhand von Kostenkalkulationen und vergleichenden Wirtschaftlichkeitsgutachten ausgelotet. Und man kam zum Schluss, dass mit einer Eigenerbringung der Leistung eine Kostenreduktion um 30 Prozent möglich sei. So beschloss der Stadtsenat im Mai 2005 schließlich die Rekommunalisierung der Müllabfuhr. Dazu wurde der *EntsorgungsBetriebBergkamen (EBB)* gegründet, der seine operative Tätigkeit am 3. Juli 2006 aufnahm. Der Übergang vom privaten Entsorger auf die städtische *EBB* verlief reibungslos.

Die prognostizierte Kosteneinsparung von 30 Prozent konnte tatsächlich erreicht werden und wurde auch an die KundInnen weitergegeben. Möglich sind diese Kostensenkungen für die Bevölkerung vor allem, da die *EBB „als gebührenfinanzierte, kostenrechnende Einrichtung der Stadt […] – abgesehen von der Eigenkapitalverzinsung – lediglich kostendeckend“*[33] arbeiten muss. Aber nicht nur im Preis, sondern auch in der Qualität können die Entsorgungsbetriebe punkten. Der Abfuhr-Rhythmus wurde vereinheitlicht, für die Sperrmüllabfuhr wurden zusätzliche Angebote (Express-Service, Voll-Service) geschaffen und für spezielle Ereignisse wurden zusätzliche Sammelbehältnisse zur Verfügung gestellt (Veranstaltungstonne, Laub-Sammelbox). Ein spezielles Service sind die Windeltonnen. Die *EBB* bieten Eltern, deren Kinder das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben ein *„zusätzliches Restabfallvolumen mit einer 50-prozentigen Ermäßigung“*[34] an.

Bergkamen zeigt, wie man mit dem Wunsch, der Bevölkerung die bestmögliche und kostengünstigste Leistung anzubieten, für jeden Sektor eine individuelle und optimale Lösung finden kann. Die *GSW* beweisen eindrucksvoll, dass die interkommunale Zusammenarbeit einen Weg zu einer zufriedenstellenden Daseinsvorsorge darstellt. Und die

[33] Peters, Hans-Joachim (2010)

[34] Stadt Bergkamen: Windeltonne

EBB zeigen, wie mit gezielter Vorbereitung eine erfolgreiche Rekommunalisierung möglich ist.[35]

Fazit

Die Politik der Liberalisierung und Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge wird zwar von VertreterInnen der Europäischen Union weiter fortgesetzt, sieht sich aber erstarkten Kommunen und dem zunehmenden Unmut der BürgerInnen gegenüber. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass eine Rekommunalisierung für alle gewinnbringend sein kann. Und sie stellt eine Alternative zur privaten Erbringung dar. Festgehalten werden muss aber, dass es nicht den einen Weg für eine erfolgreiche Rekommunalisierung gibt. Jede Rekommunalisierung muss vorausgeplant, die spezifischen Umstände immer berücksichtigt werden. Die möglichen positiven Effekte einer Rekommunalisierung (qualitätvolle Leistungen zu erschwinglichen Preisen, BürgerInnennähe, Effizienz und Wirtschaftlichkeit) stellen sich nicht automatisch ein. Erfahrungen zeigen, dass die Argumente für oder gegen eine Rekommunalisierung im Einzelfall abgewogen werden müssen. Schließlich geht es darum, die kommunale Daseinsvorsorge langfristig zu gewährleisten.

[35] vgl. Bund der Gewerkschaften (DGB): Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Formen der Rekommunalisierung; Engartner, Tim (2010); Peters, Hans-Joachim (2010); Schäfer, Roland (2012); Schäfer, Roland: Kommunal statt Privat – Erfolgreiche Kommunalisierung der Müllabfuhr in Bergkamen; Stadt Bergkamen: Veranstaltungstonne

Literatur

Aden, Herman; Märtin, Ruth (2013): Rekommunalisierung der Stadtwerke in Springe. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 84-94.

AK Europa (2013): 4. Paket zur Eisenbahnliberalisierung - der nächste Schildbürgerstreich der Europäischen Kommission. http://www.akeuropa.eu/de/4.-paket-zur-eisenbahnliberalisierung-der-naechste-schildbuergerstreich-der-europaeischen-kommission.html?cmp_id=7&news_id=1563

AK Wien: Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs in Österreich. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Verkehr_und_Infrastruktur_50.pdf

Avenir Suisse (2012): Privatisierung braucht Wettbewerb. http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!prettyPhoto

Bauer, Hartmut (2012): Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung. Einführende Problemskizze. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam. 11-32.

Beckereit, Michael: Marktvorteil Wertorientierung: Wie Hamburg Energie mit kommunaler Verantwortung punktet. http://www.vku.de/fileadmin/get/?21841/2012_HamburgEnergie-Neugr%C3%BCndung.pdf

Berliner Energietisch (2012): Neue Energie für Berlin. Eckpunkte des Gesetzesentwurfs für eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung. http://www.berliner-energietisch.net/images/eckpunktepapier%20ge.pdf

Berliner Morgenpost (2013): Ein Berliner Stadtwerk wird zum Risiko für den Steuerzahler. http://www.morgenpost.de/kolumne/meine-woche/article120490679/Ein-Berliner-Stadtwerk-wird-zum-Risiko-fuer-den-Steuerzahler.html

Blankart, Charles B.; Engelke, Christian: Regulierung und öffentliche Gelder: Der Fall der Bahn. http://www.wiwi.hu-berlin.de/professuren/vwl/oef/dok/docs/bahn.pdf

Bund der Gewerkschaften (DGB): Zurück zur öffentlichen Hand - Chancen und Formen der Rekommunalisierung
http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422

Der Tagesspiegel (2000): Zugunglück in England: Mindestens vier Todesopfer. http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/zugunglueck-in-england-mindestens-vier-todesopfer/172548.html

Deutschlandfunk (2013): Angst vor teurem Wasser.
http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1995643/

Die Presse: Portugal erzielt durch Post-Privatisierung 909 Millionen Euro
http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/3865896/Portugal-erzielt-durch-PostPrivatisierung-909-Millionen-Euro

Die Welt (2001): Neues Zugunglück erschüttert Großbritannien.
http://www.welt.de/print-welt/article436819/Neues-Zugunglueck-erschuettert-Grossbritannien.html;

Die Welt (2009): Das Mutterland der Privatisierung schenkt um.
http://www.welt.de/wirtschaft/article4084137/Das-Mutterland-der-Privatisierungen-schwenkt-um.html

Die Welt (2012): Hamburg kehrt zur Staatswirtschaft zurück.
http://www.welt.de/regionales/hamburg/article106153496/Hamburg-kehrt-zur-Staatswirtschaft-zurueck.html

Die Welt (2012): Nicht alle finden den Erfolg von Hamburg Energie gut.
http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article108278458/Nicht-alle-finden-den-Erfolg-von-Hamburg-Energie-gut.html

Difu-Berichte (3/2011): Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?
http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-32011/rekommunalisierung-als-trend-und-chance-fuer-kommunen.html

Difu-Papers (2009): Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft.

Difu-Papers (2011): Rekommunalisierung - Eine Bestandsaufnahme.

E.ON: Facts & Figures 2015
http://www.eon.com/de/ueber-uns/publikationen/bericht-facts-and-figures.html

Engartner, Tim (2010): Das Comeback der Kommunen. In: Blätter für deutsche und unternationale Politik 2/2010.
http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=n%C3%BCmbrecht+strom+r%C3%BCckkauf&source=web&cd=25&cad=rja&ved=0CEQQFjAEOBQ&url=http%3A%2F%2Fwww.axel-

Engie: Kennzahlen
http://library.gdfsuez.com/uid_3b0d9abd-abf7-404d-913f-0c30f10eb8d0/beevirtua/beevirtua.html#app=5fe9&ccb3-pageId=8&adf3-lang=de&9557-source=xmlConfs/init.xml

EPSU (2012): Re-municipalising municipal services in Europe. A report commissioned by EPSU to Public Services International Research Unit (PSIRU). http://www.epsu.org/IMG/pdf/Redraft_DH_remunicipalization.pdf

EVG (2015): Das. 4. EU-Eisenbahnpaket https://www.evg-online.org/protest/index_html/?-C=

Factory (2013): Rekommunalisierung statt Privatisierung. http://www.factory-magazin.de/news/beitrag/artikel/rekommunalisierung-statt-privatisierung.html

Falter (2013): Wasser unser. http://www.falter.at/falter/2013/02/05/wasser-unser/

Finanznachrichten.de (2013): Vattenfall: Berliner Stromnetz wirft Gewinn von 80 Millionen Euro ab. http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2013-09/28123191-vattenfall-berliner-stromnetz-wirft-gewinn-von-80-millionen-euro-ab-003.htm

Fingrid: Shares and shareholders. http://www.fingrid.fi/

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Skandal um Londoner Untergrundbahn. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/grossbritannien-skandal-um-londoner-untergrundbahn-1464182.html

Friedrich Ebert Stiftung (2009): WISO direkt. Zwei Jahrzehnte Privatisierung in deutschen Kommunen - Herausforderungen und Argumente für den Erhalt der Stadtwerke. http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06374.pdf

GEO: Mehrwert für die Bürger. http://www.geo.de/GEO/natur/green-living/hessen-rekommunalisierung-mehrwert-fuer-die-buerger-69863.html?p=1&eid=68119

Hachfeld, David (2009): Rekommunalisierung - Lehren aus Potsdam und Grenoble. In: Cadeias, Mario; Rilling, Rainer; Weise Katharina (Hrsg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Karl Dietz Verlag, Berlin. 87-99.

Hall, David; Lobina, Emanuele (2012): Water companies and trends in Europa 2012. http://www.epsu.org/IMG/pdf/2012_Water_companies-EWCS.pdf

Hall, David; Nguyen, Tue Anh (2012): Waste management in Europe: companies, structure and employment. http://www.psiru.org/reports/waste-management-europe-companies-structure-and-employment

Hall, David; Terhorst, Philipp (2011): Re-municipalisation of the Germany energy sector. http://www.epsu.org/IMG/pdf/Germany_Energy_Sector_Remunicipalisation.pdf

Hamburg Energie: Energieerzeugung. http://www.hamburgenergie.de/ueber-uns/energieerzeugung.html

Heise online (2010): Niedrigere Gebühren, höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum. http://www.heise.de/tp/artikel/32/32172/1.html

Homepage Heide Rühle (2013): Verhandlungen zum Vergabe-Paket abgeschlossen. http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/948

HypoVereinsbank, Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (2011): Renaissance der Kommunalwirtschaft - Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Kleine Zeitung (2013): „Nur ‚big boys' bleiben übrig". http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/3235644/kern-nur-big-boys-bleiben-uebrig.story

Klug, Friedrich (2011): Privatisierung. In: Klug (Hg.): Daseinsvorsorge durch Re-Kommunalisierung. IKW- Kommunale Forschung in Österreich. Eigenverlag IKW-Schriftreihe Nr. 121. 29 - 42.

Kurier (2013): Wasser marsch: Kampf um Ausverkauf. http://kurier.at/politik/eu/eu-richtlinie-zur-privatisierung-wasser-marsch-kampf-um-den-ausverkauf/2.798.422

Libbe, Jens (2013): Rekommunalisierung in Deutschland - eine empirische Bestandsaufnahme. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 18-36.

Matecki, Claus; Schulten Thorsten (2013): Zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung. Zur Entwicklung der öffentlichen Daseinsvoroge. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 8-17.

Merkert, Rico (2005): Die Reorganisation und Zukunft des Eisenbahnwesens in Großbritannien. Universität Potsdam. http://www.uni-potsdam.de/u/wipo/db78.pdf

N-TV (2013): Schäuble bleibt bei Griechenland vage. http://mobil.n-tv.de/wirtschaft/Schaeuble-bleibt-bei-Griechenland-vage-article11285326.html

ORF (2012): Teuer und ineffizient. http://news.orf.at/stories/2110171/2110878/

ÖGB Europabüro (2013): 4. Eisenbahnpaket: Nächste Liberalisierungswelle rollt an. http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1356596167520

Peters, Hans-Joachim (2010): „Privat vor Staat hat ausgedient!" (Re)kommunalisierung in Bergkamen, NRW. 4. Netzwerk21Kongress: „Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise." http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf

Pigeon, Martin; McDonald, David A.; Hoedeman, Olivier; Kishimoto, Satoko (2012): Remunicipalisation. Putting Water Back into Public Hands. http://www.corporateeurope.org/sites/default/files/publications/remunicipalisation%20web%20final.pdf

public governance (2011): Rekommunalisierung in der Energieversorgung. http://www.publicgovernance.de/docs/PG_Rekommunalisierung_in_der_Energieversorgung.pdf

right2water: Monitor – Commision plans for water privatisation. http://www.right2water.eu/de/node/279

right2water: Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht. http://www.right2water.eu/de/node/5

Röber, Manfred (2009): Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kommunalisierung – Anmerkungen aus der Perspektive des Public Management. In: Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen (Hrsg.): Zukunft der öffentlichen Wirtschaft. http://www.bvoed.de/assets/files/downloads/Beitraege/Heft_31.pdf

Röber, Manfred (2012): Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. In: KWI Schriften 6 – Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. 81-98

Schäfer, Roland: Kommunal statt Privat – Erfolgreiche Kommunalisierung der Müllabfuhr in Bergkamen. http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf

Schäfer, Roland (2012): Rekommunalisierung – Fallstricke in der Praxis. Erfahrungen aus Bergkamen. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 73-80. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.
Schneider, Karsten (2013): Gute Arbeit im öffentlichen Dienst. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 148-160.

Spiegel (2014): Staatliche Fluggesellschaft: Portugal privatisiert Großteil von TAP

http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/tap-portugal-teilprivatisiert-staatliche-fluggesellschaft-a-1002845.html

Stadt Bergkamen: Veranstaltungstonne.
http://www.bergkamen.de/veranstaltungstonne.html

Stadt Bergkamen: Windeltonne. http://www.bergkamen.de/windeltonne.html

Stern (2007): Bahnprivatisierung - Wie andere Länder es gemacht haben.
http://www.stern.de/wirtschaft/news/bahnprivatisierung-wie-andere-laender-es-gemacht-haben-596495.html

Sternatz, Renate (2013): Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 60-65.

Streissler, Agnes (2012): Der Wert kommunaler Dienstleistungen in Wien.
http://www.voewg.at/wp-content/Streissler_Wert-kommunaler-DL.pdf

Stromversorger-Energieversorger.de: Energieversorger. http://www.stromversorger-energieversorger.de/energieversorger.php

Suez Environnement Company: Reference Document 2014
http://www.suez-environnement.fr/wp-content/uploads/2015/04/Reference-document-2014.pdf

Tagesschau (2015): Griechenland und die Schulden - Neue Regierung stoppt Privatisierungen
https://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-247.html

TAZ (2007): Vom Börsengang zum Bettelstab.
http://www.taz.de/?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/22/a0107

Tesche, Christoph; Otto, Sven-Joachim (2011): Kommunale Unternehmen im Spannungsfeld von Rekommunalisierung und strategischer Partnerschaft.
http://www.derneuekaemmerer.de/veranstaltungen/pdf/dkt2011/Kommunale-Unternehmen-im-Spannungsfeld.pdf

The Guardian (2012): Rail privatisation has failed - and the NHS is hurtlin down the same track.
http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/mar/10/rail-privatisation-failed-nhs?newsfeed=true

Transnational Institute, Water Justice (2010): Paris: local authorities regain control of water management. http://www.tni.org/article/paris-local-authorities-regain-control-water-management

Transport for London (2008): Metronet Rail transfers to TfL control. http://www.tfl.gov.uk/static/corporate/media/newscentre/archive/8376.html

Transport for London (2013): Performance report. http://www.tfl.gov.uk/assets/images/general/lu-performance-report-period-12-2012-13.pdf

Umweltfairaendern.de: Auf dem Weg zum Stadtwerk? Hamburg Energie, die Netze und eine Chance http://umweltfairaendern.de/2015/01/auf-dem-weg-zum-stadtwerk-hamburg-energie-die-netze-und-eine-chance/

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2011): Kommunale WasserWirtschaft. Interkommunale Kooperation in der Wasserwirtschaft.

Veolia: 2014 Annual Results http://www.finance.veolia.com/docs/Veolia_FY2014_GB_260215.pdf

Vida: 4. Eisenbahnpaket - EU-Kommission soll Milliardenkosten für Bahnliberalisierung selbst zahlen. http://www.vida.at/servlet/ContentServer?pagename=S03/Page/Index&n=S03_0.a&cid=1356596162735

Wasserkolloquium (2008): Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 41. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_41.pdf

Water Remunicipalisation Tracker: Grenoble. http://www.remunicipalisation.org/cases#Grenoble

Water Remunicipalisation Tracker: Naples. http://www.remunicipalisation.org/cases#Naples

Water Remunicipalisation Tracker: Paris. http://www.remunicipalisation.org/cases#Paris

Water Remunicipalisation Tracker: Pecs. http://www.remunicipalisation.org/cases#Pecs,

Wiener Zeitung (2014): Europaparlament segnet Eisenbahnpaket ab. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/611528_Europaparlament-segnet-Eisenbahnpaket-ab.html

Wieser, Robert (2007): Probleme bei der Privatisierung von Infrastrukturen. In: Ludwig-Erhard-Stiftung: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 113. Bonn. 42-49. http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/pdf/orientierungen/orientierungen113.pdf

Williams, Trefor P. (2010): „Analysis of the London Underground PPP Failure"-Engineering Project Organizations Conference South Lake Tahoe, CA November 4-7, 1-3

Wollmann, Hellmut (2013: Rekommunalisierung in europäischen Nachbarländern. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 37-47.

Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie (2013): Auslaufende Konzessionsverträge für Stromnetze. http://wupperinst.org/uploads/tx_wupperinst/Konzessionsvertraege_final.pdf

Zeit (1995): Der Patron von Grenoble.
http://www.zeit.de/1995/41/Der_Patron_von_Grenoble

Zeit (2009): 11.000 Jahre Verspätung.
http://www.zeit.de/2009/11/British-Rail

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) hat in einer mehr als 200 Seiten umfassenden Studie über 40 Beispiele erfolgreicher Rekommunalisierungen aus ganz Europa dokumentiert. Die Arbeit „Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU“ ist die bislang einzige derartige Dokumentation im deutschsprachigen Raum. Sie ist mittlerweile auch in einer englischsprachigen Übersetzung erschienen. Sie beschreibt die Entwicklung der Daseinsvorsorge in der EU, die Erfahrungen mit Privatisierungen, die theoretische Diskussion zur Rekommunalisierung und schließlich die praktischen Beispiele vor allem aus den Bereichen Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Personennahverkehr. Die Studie ist gratis zum Download unter: www.politikberatung.or.at